

# Zur Rolle der Gewerkschaftsbewegung im gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess Osteuropas

Autor(en): **Sauer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **4 (1992)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833027>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zur Rolle der Gewerkschaftsbewegung im gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess Osteuropas

Walter Sauer

Fragestellungen gewerkschaftlicher Relevanz sind im Rahmen der, wiewohl umfangreichen, Berichterstattung der Medien über die Entwicklungen in Osteuropa bislang nur relativ selten behandelt worden. Dies liegt einerseits sicherlich an einem immer wieder festgestellten und bedauerten Reflexionsdefizit der öffentlichen Meinung in unseren Gesellschaften über Fragen der Arbeitswelt im allgemeinen. Andererseits jedoch scheint sich hier auch der von den Gewerkschaften im Osten immer wieder beklagte Umstand wiederzuspiegeln, dass der Übergang zu marktwirtschaftlichen Systemen und die damit in Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen in erster Linie nicht unter führender Beteiligung der Arbeiterbewegung, sondern vielfach ohne oder sogar gegen sie und ihre Interessen vor sich geht. Ich nehme daher dankbar diese Gelegenheit wahr, zumindest einige gewerkschaftsrelevante Gesichtspunkte in die Diskussion zu Osteuropa einzubringen, wobei ich dabei zum Teil sicherlich auf meine Erfahrungen als Leiter des Osteuropa-Büros des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Wien zurückgreife, dieser Beitrag jedoch nicht als offizielles Dokument des IBFG zu betrachten ist. Dass es darüber hinaus schwierig ist, die so vielfältigen und oft miteinander kaum vergleichbaren Entwicklungen in den einzelnen Ländern Osteuropas in einem kurzen Text wie diesem zusammenzufassen, sei ebenfalls gleich zu Beginn angemerkt.

«Zur Rolle der Gewerkschaftsbewegung im gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess Osteuropas»: Bei Behandlung dieses Themas ist zunächst zu beachten, dass die Gewerkschaftsbewegung in Osteuropa selbst einem tiefgreifenden Transformationsprozess unterworfen ist. Dies gilt im besonderen hinsichtlich ihrer Stellung im gesellschaftlichen und politischen System dieser Länder, hinsichtlich ihrer inneren Strukturen und ihres Selbstverständnisses sowie schliesslich hinsichtlich ihrer Aktivitäten. Zu diesen drei Bereichen nun im folgenden einige Anmerkungen.

### *1. Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Funktion der Gewerkschaftsbewegung*

Der Zusammenbruch der politischen Systeme des sogenannten realen Sozialismus in den meisten Ländern Osteuropas hat in vieler Hinsicht auch die privilegierten Positionen der Gewerkschaftsorganisationen in Mitleidenschaft gezogen. Im einzelnen zwar in verschiedenen Formen und den jeweiligen national unterschiedlichen politischen Strukturen der «sozialistischen Länder» angepasst, hatten die Gewerkschaften als gesellschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse im allgemeinen eine wichtige und gleichsam staatstragende Stellung inne. Vereinfachend wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die den Gewerkschaften zugeschriebene Funktion eines «Transmissionsriemens» für die jeweilige Kommunistische Partei hingewiesen (der Begriff stammt aus dem von Lenin entworfenen ZK-

Beschluss «Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik» vom 12. Jänner 1922). Dieser Begriff bringt zwar den Hegemonieanspruch der Partei als der führenden politischen Kraft der sozialistischen Gesellschaft anschaulich zum Ausdruck. Gerade aus zeithistorischer Warte darf jedoch nicht übersehen werden, dass seine praktische Umsetzung in den einzelnen Ländern und in einzelnen Epochen in durchaus unterschiedlicher Weise und Intensität erfolgen konnte; es sei etwa an die diesbezüglichen Kontroversen im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus erinnert<sup>1</sup> oder an die spannungsgeladene Geschichte des Verhältnisses von Gewerkschaft und Partei im Ungarn der siebziger und achtziger Jahre: «At the session of the (SZOT) presidium, negative views were also expressed... that our political system and especially our decision-making system does not operate in accordance with our principles, because the party does not consider and does not build on the opinions of the trade unions and, that political decisions are made first and are then handed out for discussion...<sup>2</sup>»

Weiters: Die tatsächlichen Funktionen der Gewerkschaften in den realsozialistischen Ländern gingen über ihre zweifellos vorhandenen Disziplinierungs- und Mobilisierungsfunktion wesentlich hinaus. Zwar war die Zuerkennung eines bestimmten Kontingents an Parlamentsmandaten an den Gewerkschaftsverband (wie auch an andere gesellschaftliche Organisationen) in der früheren DDR in dieser Hinsicht ein Sonderfall, doch sah auch die Breschnew'sche Verfassung der UdSSR das Recht der Gewerkschaften vor, Kandidaten zur Wahl in die Sowjets aller Ebenen aufzustellen; in den übrigen osteuropäischen Ländern, etwa in Ungarn und der Tschechoslowakei, wurden Gewerkschaftsfunktionäre von den jeweiligen Nationalen Frontorganisationen bei der Zusammenstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt. Die führenden Repräsentanten der Gewerkschaftsverbände bekleideten zugleich wichtige staatliche Posten, verfügten über beträchtlichen politischen Einfluss, und gewerkschaftliche Positionen konnten nicht selten als Vorspiel oder Element von Karrieren im staatlichen oder staatswirtschaftlichen Bereich betrachtet werden. Auf betrieblicher und arbeitsrechtlicher Ebene entsprachen dieser privilegierten politischen Position weitgehende - wenn auch nicht immer realisierte - Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte der lokalen Gewerkschaftsorganisation, etwa das nur selten wahrgenommene Vetorecht des (derzeit noch bestehenden) ungarischen Arbeitsgesetzbuchs. «Last, but not least» muss auch auf die Bedeutung der Gewerkschaften für die Sozial- und Kulturpolitik verwiesen werden, auf die Verwaltung Tausender Ferienheime, Sanatorien oder Kultureinrichtungen, die bis heute für den Freizeit- und Reproduktionsbereich der osteuropäischen Gesellschaften ausserordentlich wichtig sind. Vielfach erfolgte hier eine Verschränkung gewerkschaftlicher mit staatlichen Aufgaben, deren Entwirrung - etwa im

<sup>1</sup> vgl. Wolfgang HÖPKEN, «Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien», München 1984, S. 221-231.

<sup>2</sup> Sarolta CSAKÓ/Péter SIPOS, «Four Decades of the Hungarian Trade Union Movement 1945-1986», Budapest 1990, S. 124.

Rahmen der Kontroversen über die gewerkschaftliche Vermögensfrage - heute so grosse Schwierigkeiten bereitet.

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa haben nun die Rahmenbedingungen für all diese Funktionen drastisch verändert. Die Gewerkschaften haben in all diesen Ländern ihren bisherigen quasi öffentlichrechtlichen Status weitestgehend verloren und werden von Regierungen und Öffentlichkeit im allgemeinen als private Interessenszusammenschlüsse betrachtet. Zwar sind die Gewerkschaften, nicht zuletzt aufgrund internationaler Einflussnahmen etwa der ILO oder internationaler Gewerkschaftsverbände, in dreigliedrigen Beratungsgremien der Sozialpartner und der Regierungen vertreten, doch scheint diesen - soferne nicht gerade soziale Unruhen akut sind - keine besondere praktische Bedeutung zuzukommen. Teils aufgrund der geänderten verfassungsmässigen und institutionellen Rahmenbedingungen, teils aufgrund ihrer früheren Verflochtenheit mit den nun politisch meist bedeutungslosen kommunistischen Parteien haben die Gewerkschaften ihren politischen Einfluss, ihre Funktion als Karriereleiter sowie ihre, direkte oder indirekte, Vertretung in den Parlamenten weitgehend verloren; auch ihre Positionen im Reproduktions- und Kulturbereich scheinen angesichts neuer sozial- und versicherungsrechtlicher Regelungen und vor allem immer wieder feststellbarer Tendenzen, die Erholungsheime zugunsten einer expandierenden Tourismus- und Freizeitindustrie zu privatisieren, eher fraglich.

Dieser hier nur angedeutete Funktionswandel, ja Funktionsverlust, hat sowohl in den Betrieben als auch in den Gewerkschaftsverbänden zu erheblicher Rollenunsicherheit geführt. Dies gilt nicht nur für den Sonderfall Polen, wo sowohl Solidarnosc als auch OPZZ bedeutende, einander entgegengesetzte, politische Funktionen erfüllt haben und auf beiden Seiten der Trend nun in Richtung auf eine wirksame Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu gehen scheint<sup>3</sup>. Es sei hier ebenso hingewiesen auf die diesbezügliche Diskussion in der CSFR, deren im Rahmen der «samtenen Revolution» gebildete Streikkomitees eine «politische Abstinenz» der Gewerkschaftsbewegung favorisierten, wo sich durch die Erfahrungen mit der bisherigen Regierungspolitik nunmehr jedoch der Gedanke einer erneuten «Politisierung» und Kooperation mit sozial eingestellten politischen Parteien durchzusetzen scheint. Welche Parteien das sind bzw. sein sollten, ist angesichts des noch nicht voll ausgebildeten Parteienspektrums in den osteuropäischen Ländern - z.B. Schwäche der Sozialdemokratie - vielfach noch eine offene Frage.

## 2. *Struktur und Selbstverständnis*

Institutionell gesehen, ist die gewerkschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Ländern Osteuropas in der derzeitigen Transformationsperiode vor allem durch vier teils korrespondierende, teils gegenläufige Prozesse gekennzeichnet:

<sup>3</sup> vgl. etwa Jacek KURON, «Die Gewerkschaften im Postkommunismus», in: NZZ 26.5.1991.

Erstens durch die Desintegration der früher bestehenden einheitlichen und straff zentralisierten Gewerkschaftsverbände in zahlreiche lokale, regionale, Branchen- oder Richtungsgewerkschaften, die nun entweder vollkommen selbständig agieren oder sich lose in neue Dachorganisationen zusammengeschlossen haben. Wiederauflebende, jahrelang vernachlässigte Traditionen und Identitäten verschiedener Teile der Arbeiterbewegung, psychologisch verständliche Forderungen nach Überschaubarkeit und Eigenständigkeit auf Branchen- oder Betriebsebene, nicht zuletzt aber auch politische, nationale und personelle Konflikte sind als Ursachen für diesen Vorgang zu nennen. Klassische Beispiele auf nationaler Ebene dafür sind etwa, vereinfacht dargestellt, das Auseinanderbrechen des früheren ungarischen Gewerkschaftsbundes SZOT in vier Nachfolgeverbände - MSZOSZ, ASZOK, SZEF und ESZT - der Zerfall des einheitlichen Bundes der Gewerkschaften Jugoslawiens in einzelne Republikverbände, aber auch in der CSFR die trotz der geretteten organisatorischen Einheit in CS KOS latent bestehende Spannung zwischen der Tschechisch-Mährischen Kammer und dem Slowakischen Gewerkschaftsbund.

Die Entwicklung war zweitens gekennzeichnet durch die innere Reform der traditionellen Gewerkschaftsbünde, Hand in Hand gehend mit dem Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und einer - in ihrer Reichweite unterschiedlich zu bewertenden - politischen und ideologischen Neuorientierung. Ansätze zu solchen Reformbewegungen innerhalb der vorgegebenen Strukturen lassen sich in verschiedenen Fällen bereits etliche Jahre zurückverfolgen, wengleich ihnen ein Durchbruch erst im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der Jahre 1989/90 gelingen sollte. Organisatorisch und finanziell haben sich dabei immer wieder starke Eigeninteressen von Regional- oder Branchenverbänden mit daraus resultierendem Kompetenz- und Ressourcenmangel auf der zentralen Ebene sowie die Reformunwilligkeit von Funktionären auf der Mittelebene als problematisch erwiesen. Ideologisch ist es in den meisten Fällen zu einer Absage an die «Transmissionsriemen»-Theorie, zu einer Auflösung des Nahverhältnisses zur Kommunistischen Partei und zum Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund gekommen; programmatisch werden der Übergang zur Marktwirtschaft, Privatisierungen, etc. nunmehr im Prinzip bejaht und internationale Kontakte zur westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung (vor allem IBFG und EGB) bzw. - auf Branchenebene - zu den Internationalen Berufssekretariaten gesucht. Exemplarisch soll an dieser Stelle wiederum auf den tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund CS KOS verwiesen werden, der im März 1990 durch einen kompletten Austausch der Persönlichkeiten auf der Führungsebene sowie durch die (im Nachhinein freilich auch problematische) Auflösung der regionale «Mittelstrukturen» den internen Reformtendenzen schlagartig zum Durchbruch verhelfen konnte. Darüber hinaus wäre auf derartige Reformentwicklungen auch im Nationalen Verband der ungarischen Gewerkschaften (MSZOSZ) oder in der Konföderation der Unabhängigen Syndikate Bulgariens (KNSB) zu verweisen.

Drittens ist hier das, oft spektakuläre, Entstehen neuartiger gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Organisationen zu erwähnen, die einen

vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit für sich in Anspruch nehmen, teilweise deklariert politische Zielsetzungen verfolgen und häufig über bedeutende ausländische Unterstützungen verfügen. Vielfach aus kleinen intellektuellen Dissidentenzirkeln entstanden, denen die Gründung einer «Gewerkschaftsorganisation» manchmal die einzige legale oder halblegale Möglichkeit einer politischen Tätigkeit ermöglichte, liegt der Erfolg dieser Verbände oft im Aufbau einer breiten, vielfach auch spontan agierenden Volks- oder Menschenrechtsbewegung antikommunistischer Tendenz, die bei einer notwendigen Institutionalisierung (z.B. der regelmässigen Erhebung von Mitgliedsbeiträgen) und im Bereich der kontinuierlichen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen jedoch rasch an ihre Grenzen stösst. Als Modelfall dieses Organisationstyps ist zweifellos die polnische Solidarnosc zu nennen, der zum einen über lange Zeiträume hinweg die Mobilisierung zumindest grosser Teile der Arbeiterschaft im Kampf gegen Kriegsrecht und Sozialismus in Polen gelungen ist, die zum anderen jedoch die notwendige Abgabe politischer Funktionen an die neugewählte Staatsmacht, die Distanzierung von den Prozessen der Parteienbildung sowie Aufgaben einer rein gewerkschaftlichen Interessensvertretung nur mit Schwierigkeiten meistert. Als ein weiteres, charakteristisches Beispiel ist in diesem Zusammenhang auf «Podkrepa» zu verweisen, deren führende Repräsentanten die Solidarnosc-Strategie für Bulgarien zu adaptieren versuchen, auf die rumänische «Fratia» oder die zahlreichen derzeit in der Sowjetunion entstehenden, oft mit nationalistischen Bewegungen verschmolzene Organisationen. Ebenso können bestimmte Tendenzen im Rahmen der Demokratischen Liga in Ungarn in diesem Zusammenhang interpretiert werden.

Viertens ist schliesslich auf die noch bestehenden bzw. in einigen Fällen neu errichteten Gewerkschaftsverbände (neo-)kommunistischer Zuordnung aufmerksam zu machen. Dies trifft vor allem auf den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion (VZSPS) zu sowie auf OPZZ in Polen. In Bulgarien wurde Anfang dieses Jahres die Organisation «Edinstvo» gegründet, eine in einem Naheverhältnis zur Bulgarischen Sozialistischen (früher Kommunistischen) Partei stehende Gewerkschaftsvereinigung vorwiegend des Agrar-Kooperativensektors, die im wesentlichen als reformfeindliche Abspaltung vom Verband der Unabhängigen Syndikate (KNSB) zu betrachten ist. In ähnlicher Richtung sind die vom letzten Vorsitzenden des ehemaligen tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbands ROH, Karel Henes, seit April 1991 unternommenen Aktivitäten zur Wiederbelebung des Einheitlichen Gewerkschaftsverbands für Böhmen, Mähren und die Slowakei einzuordnen.

Resultat all dieses kompliziert und sehr fluktuierend verlaufenden Prozesses ist bislang in allen osteuropäischen Ländern ein mehr oder weniger vielfältiger «gewerkschaftlicher Pluralismus» verschiedenster, miteinander konkurrierender gewerkschaftlicher Organisationen unterschiedlicher Struktur und Richtung<sup>4</sup>. Vielfach ist mit dem organisatorischen ja auch ein ideolo-

<sup>4</sup> Als erste Übersicht vgl. Siegfried MIELKE/Peter RÜTTERS, «Die neuen Gewerkschaftsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die internationale Gewerkschaftsbewegung», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13/91, S. 35-46.

gischer und politischer Differenzierungsprozess Hand in Hand gegangen. Der Verlust der, als aufgezwungen erlebten, marxistischen Orientierungsperspektive, die institutionelle Rollenunsicherheit angesichts einer sich drastisch wandelnden Gesellschaft und die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verbundenen tiefgreifenden sozialen Änderungen haben auch die Arbeiterbewegung zum Tummelplatz verschiedenster Theorien und Ideologien werden lassen. Sozial- und christdemokratische Impulse sind hier ebenso zu beobachten wie basisdemokratische Gedanken sowie monarchistische und autoritaristische Tendenzen. Von einer endgültigen Klärung kann freilich auch hier, ebenso wie bei der Organisationsentwicklung, noch keine Rede sein.

### *3. Gewerkschaftliche Interessensvertretung*

Der Verfasser neigt dazu, die politisch umstrittene Frage nach Existenz und Stellenwert gewerkschaftlicher Interessensvertretung für die Gewerkschaften des realen Sozialismus in einem eingeschränkten Sinn zu bejahen; allerdings wären diesbezüglich eingehende Studien der konkreten betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit wünschenswert. Meinungsumfragen aus Jugoslawien aus dem Jahr 1974 - einer Zeit also, die gemeinhin als eine Epoche der «Krise» der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wird - weisen immerhin deutlich in die genannte Richtung: 75,3% der befragten Arbeiter waren demnach der Ansicht, die Gewerkschaften hätten sich faktisch im Bereich Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten betätigt; 71,3% gaben Kaderpolitik, Wahl der leitenden Angestellten sowie andere Massnahmen im Rahmen der Selbstverwaltung, 64,2% die Verteilung der betrieblichen und persönlichen Einkommen, 62,5% die Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme als Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Tätigkeit an<sup>5</sup>. Ausser Frage steht allerdings ebenso, dass in vielen anderen Fällen übergeordnete politische oder sonstige Erwägungen für die Aufgaben der konkreten Interessensvertretung nachteilige Auswirkungen zeigten.

In jedem Fall haben die politischen Entwicklungen in Osteuropa auch Aufgaben und Formen der gewerkschaftlichen Interessensvertretung wesentlich verändert. Die neuen politischen Systeme sehen keinerlei, tatsächlich oder auch nur behauptete, Privilegierung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen mehr vor. Sofern (wie in der Tschechoslowakei) bereits neue Arbeitsgesetzbücher beschlossen sind, ist ein drastischer Abbau der betrieblichen Rechte der Gewerkschaften unverkennbar; in Ungarn stehen ähnliche Massnahmen in Kürze bevor. Der Abbau des arbeitsrechtlichen Schutzes geht zudem Hand in Hand mit einer Verstärkung des Konfliktpotentials Arbeitswelt; Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, die Herausforderungen der Privatisierung, wirtschaftliche Umstrukturierungen, notwendige Erhöhungen der Arbeitsproduktivität etc. verstärken die Notwendigkeit echter gewerkschaftlicher Interessensvertretung, ohne dass noch in ausreichendem Ausmass die dazu erforderlichen Erfahrungen und

Strukturen vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wäre auf die Diskussion über die Einführung von Betriebsräten nach deutschem oder österreichischem Vorbild vor allem in Ungarn zu verweisen. Insgesamt verwundert es nicht, dass der Wunsch nach gewerkschaftlichen Bildungs- und Schulungsmassnahmen mit internationaler Unterstützung auf der Prioritätenliste der osteuropäischen Arbeiterbewegung ganz oben steht, gerade auch hinsichtlich von Kollektivvertragsverhandlungen auf betrieblicher oder überbetrieblicher Ebene.

Auf zwei wichtige Teilprobleme darf in diesem Zusammenhang noch eingegangen werden. Zum einen hat sich häufig das Verhältnis der Gewerkschaften zum betrieblichen Management als sensibel erwiesen. Schon traditionell ist die Klage der neu entstandenen, stark politisch ausgerichteten Organisationen, von der «alten» Gewerkschaft im Betrieb in diskretem Zusammenspiel mit der Betriebsleitung diskriminiert zu werden. Dieses Konfliktmuster verändert sich freilich mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Umstrukturierung: An die Stelle der teilweise von den Betriebskollektiven sogar gewählten und abberufbaren Direktoren und ihrer Abhängigkeit von der Belegschaft (bzw. der Abhängigkeit beider Seiten von der Partei) tritt zunehmend der nun mehr dem Eigentümer (Staat oder Privatunternehmer) verantwortliche und profitorientiert wirtschaftende Manager. Geeignete Formen des Dialogs sind oft mangels entsprechender kollektivvertraglicher und anderer Bestimmungen sowie auch mangels Erfahrung und Bereitschaft nicht vorhanden. Zunehmend sind daher Massnahmen gewerkschaftsfeindlicher Tendenz auf Betriebsebene feststellbar, sei es durch offene oder verdeckte Diskriminierung von gewerkschaftlichen Aktivisten (und zwar der «alten» wie der «neuen» Verbände), sei es die Gründung «gelber» Gewerkschaften etc. Die Aufgabe der Sicherung der Assoziationsfreiheit für die Gewerkschaften Osteuropas bleibt von daher in veränderter Form relevant.

Zum anderen hat mit fortschreitender Privatisierung und Zunahme der Auslandsinvestitionen gewerkschaftliche Interessensvertretung immer stärker auch mit ausländischen Partnern oder sogar Eigentümern zu tun. Im wesentlichen wird diese Entwicklung von den Gewerkschaften der verschiedenen Länder prinzipiell positiv bewertet, auch wenn in unterschiedlicher Intensität sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen eingefordert werden. Eine zusammenfassende Evaluierung der bislang gesammelten gewerkschaftlichen Erfahrungen mit dem Engagement multinationaler Konzerne in Osteuropa steht leider noch aus. Einzelbeispielen, die von verschlechterten Arbeitsbedingungen und einer Diskriminierung gewerkschaftlicher Aktivisten berichten, stehen mindestens ebenso viele positive Erfahrungen gegenüber, wobei hierbei häufig die Unterstützung westeuropäischer oder US-amerikanischer Betriebsräte oder Gewerkschaften in Anspruch genommen wird.

#### 4. Einige Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung Osteuropas

Die zukünftigen Perspektiven der Entwicklung auf dem gewerkschaftlichen Sektor in Osteuropa sind vor dem Hintergrund dieses tiefgreifenden Transformationsprozesses sowie angesichts zahlreicher anderer relevanter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu erörtern. Vielfach hat beispielsweise die Identifizierung von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung mit dem «alten System» zu einer Diskreditierung des Gewerkschaftsgedankens geführt. Auch der plötzliche Einbruch von individuellen Leistungs- und Konsumideologien sowie der allgemeine Trend zu Entpolitisierung sind häufig, wie auch in Westeuropa, mit Desinteresse an Gewerkschaften verbunden. Bei einer im August 1990 durchgeführten Meinungsumfrage in der CSFR konnten beispielsweise nur 47% der Befragten einer Fortsetzung ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft etwas Positives abgewinnen; etwa ein Drittel der Berufstätigen war der Meinung, dies würde von den Umständen abhängen, und 10% fanden die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft überhaupt nicht von Nutzen<sup>6</sup>. Mit einem Rückgang des bislang über neunzigprozentigen Organisationsgrades ist somit jedenfalls zu rechnen, wenngleich gerade in wirtschaftlichen Krisenregionen auch ein Ansteigen des Interesses zu bemerken ist.

Hinzu kommen die in den meisten Ländern Osteuropas feststellbaren gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen seitens der Regierungen bzw. der politisch massgeblichen Kreise. Von ihrer Seite her wird die geringer gewordene Akzeptanz des Gewerkschaftsgedankens durch anti-soziale Agitation noch geschürt. «Es gibt bei uns gewisse Kreise», formulierte dies CS KOS-Präsident Roman Kovac einmal, «die Sie in dem Moment, in dem Sie das Wort 'sozial' aussprechen, gleich für einen Kryptokommunisten halten. Wir befinden uns derzeit in einer relativ komplizierten Situation, weil einerseits die Gewerkschaften als «rot» bezeichnet werden, und uns andererseits die radikalen Betriebsorganisationen beschuldigen, dass wir mit der Regierung unter einer Decke stecken<sup>7</sup>.» Der bekannte Ausspruch des tschechoslowakischen Finanzministers Vaclav Klaus, er strebe eine «Marktwirtschaft ohne Adjektiv» an, ist in ähnlicher Weise als Bekenntnis zu einem reinen Wirtschaftsliberalismus Friedman'scher Schule ohne Berücksichtigung sozialer oder ökologischer Kriterien zu interpretieren. Darüber hinaus sind es natürlich weniger Worte als vielmehr Taten, die den in vieler Hinsicht gewerkschaftsfeindlich ausgerichteten Charakter der Politik so mancher osteuropäischen Regierung zum Ausdruck bringen. Von vielen wird als jüngstes diesbezügliches Beispiel der Anfang Juli dieses Jahres erfolgte Beschluss des ungarischen Parlamentes ins Treffen geführt, die Verwaltung sämtlicher Vermögenswerte aller registrierten ungarischen Gewerkschaften einer neuzuschaffenden staatlichen Agentur zu übertragen und innerhalb eines Jahres eine Art von «Vertrauensabstimmung» unter allen ungarischen Arbeitnehmern (Nicht-Gewerkschaftsmitglieder

<sup>6</sup> Arbeit & Wirtschaft 7-8/90.

<sup>7</sup> Prace, 16.1.1991.

miteingeschlossen) zu organisieren, deren Ergebnis dann als Kriterium für eine Neuverteilung des Vermögens zwischen den derzeit sieben landesweit operierenden Gewerkschaftsverbänden dienen soll.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem Mitgliedsorganisationen in über hundert Ländern mit einer Gesamtmitgliederzahl von etwa hundert Millionen Menschen angehören, hat sich in seinen Erklärungen zu Osteuropa bisher insbesondere mit der Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Transformationsprozess eine «soziale Dimension» zu verleihen, beschäftigt. «Darüber hinaus haben sich die internationalen politischen Ratschläge und die an die externe Finanzhilfe geknüpften Bedingungen nur auf Haushalts-, Preis- und Währungsreformen konzentriert», kritisierte der IBFG-Vorstand beispielsweise im Mai 1990 an der bisherigen Wirtschaftshilfe der westlichen Länder, «was die Gefahr in sich birgt, die Probleme, vor denen die arbeitende Bevölkerung bereits steht, noch zu verstärken, wenn nicht ebenso weitreichende soziale Massnahmen ergriffen werden». Im Dezember 1990 zeigte sich das führende Gremium des IBFG noch stärker besorgt: «Nur langsam kommt die soziale Dimension der Reform über vage Erklärungen hinaus und nähert sich greifbaren Programmen, die auf die wirkliche Not der Arbeitnehmerschaft und ihrer Familien eingehen.»

Besondere Fortschritte bei der Einfügung einer «sozialen Dimension» in den ökonomischen Transformationsprozess Osteuropas und bei der Organisation substantieller Wirtschafts- und Kapitalhilfe für die Länder der Region sind meiner Ansicht nach auch seither nicht erzielt worden. Aus west- und mitteleuropäischer Sicht scheint daher die Frage von mehr als hypothetischem Interesse zu sein, von welchen Auswirkungen eine weitere Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bzw. der noch existierenden sozialen Netzwerke in Osteuropa begleitet sein, welche Bedeutung einem tendentiell entstehenden gewerkschafts-freien Raum Osteuropa bzw. der angepeilten «Marktwirtschaft ohne Adjektiv» tatsächlich zukommen würde.

Vom einem Standpunkt gewerkschaftlicher Solidarität aus ist die Wiedereinführung eines «Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts» (wie es der Präsident der Demokratischen Liga Ungarns, Pál Forgacs, bei der Wiener IBFG-Konferenz zur sozialen Dimension der Reform im September 1990 formulierte) natürlich inakzeptabel. Das Interesse an sozialer Stabilität in den Ländern Osteuropas - und das schliesst zweifellos die Existenz starker Gewerkschaften mit ein - reicht aber über diese Betrachtungsweise noch weit hinaus. Jacek Kuron: «Ich habe den Eindruck, die politischen und wirtschaftlichen Führer der industrialisierten Welt unterschätzen die Folgen, welche eine wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Katastrophe in den postkommunistischen Ländern Europas und Asiens für den Frieden, aber auch für die wirtschaftliche und politische Stabilität der ganzen Welt hätte... Ein wirklicher Zusammenbruch hätte daher weitreichende negative Konsequenzen für die reichen Länder, zumindest finanzieller Art. Man sollte deswegen in die Verhinderung dieser Katastrophe investieren<sup>8</sup>».

<sup>8</sup> NZZ, 26.5.1991.

Von vielen Beobachtern der Entwicklung wird in den letzten Monaten (und erst recht heute angesichts der Krise in Jugoslawien) zunehmend Besorgnis über das Anwachsen nationalistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer, rechtsradikaler und anderer extremistischer Tendenzen in verschiedenen Ländern Osteuropas geäußert. Meiner persönlichen Erfahrung nach sind gerade auch enttäuschte, desillusionierte Sektoren der Arbeiterschaft bzw. von Arbeitslosen vor populistisch vorgebrachter Propaganda dieser Art nicht gefeit, eher im Gegenteil. Die Stärkung einer effizienten und verantwortungsbewussten Gewerkschaftsbewegung wird, über die erwähnten trade-unionistischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus, einen für die Entwicklung Europas insgesamt demokratiepolitisch wichtigen Beitrag dagegen leisten können.